

Sg. Herr Brandstätter in Vertretung des Herrn Bezirkshauptmann, werte Frau Bürgermeisterin, werte GemeinderatskollegInnen, werte Anwesende und BürgerInnen der Gemeinde Gallneukirchen

Als neu gewählter Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Gallneukirchen möchte ich mich bei allen BürgerInnen bedanken, die mir das Vertrauen geschenkt haben, - sowohl hier im Saal wie auch bei der soeben stattgefundenen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl. Am Beginn einer neuen Periode im Gemeinderat ist es angebracht, einige Worte zu sagen. Im heurigen Jahr aber besonders, denke ich.

Denn dieses Jahr 2015 ist nicht irgendeines in unserer Geschichte, es wird als ein sehr markantes in unsere Geschichte eingehen. Im heurigen Jahr wird sichtbar, was in der Vergangenheit an großen Fehlern passiert ist.

Noch nie war eine Gemeinderatswahl so von bundes-, europa- ja weltpolitischen Ereignissen dominiert wie diesmal. Wobei ich nicht die sogenannte Flüchtlingswelle allein meine. Sie ist ja nur das Ergebnis einer seit Jahren herrschenden katastrophalen Politik, die mit der Hochrüstung der Taliban in Afghanistan durch die USA begonnen wurde und mit dem Überfall auf den Irak weiterging, und deren Auswirkungen wir alle nun zu spüren bekommen. Dazu kommt das jahrelange Blindstellen der gesamten Europäischen Union vor der Problematik. Seit Jahren werden die Inseln Lesbos oder Lapedusa von Flüchtlingen überschwemmt, jede/r konnte sich das ansehen, es geht dort seit Jahren so zu wie bei uns seit ein paar Wochen in Nikelsdorf. Allerdings solange es nur die GriechInnen und ItalienerInnen betraf, war es uns im besser gestellten Norden egal. Das Jahr 2015 ist jenes Jahr, wo der Traum von einem solidarischen Europa von den Eliten endgültig zerbrochen wurde mit der Unterwerfung Griechenlands, der Weigerung vieler Staaten, in der Flüchtlingsfrage zusammenzuarbeiten, mit der offenen Anti-EU-Politik Grobritanniens, und so fort.

Seit Jahren saugen uns die Spekulationsgeschäfte der Banken, Pensions- und Hedgfonds und die Finanzgeschäfte in den Steueroasen aus. Jede/r konnte es wissen, aber Steuerhinterziehung in großem Ausmaß wurde sogar belohnt und findet mitten unter uns statt, ob in der Schweiz, in Luxemburg oder in Österreich. Allein – nachdem uns jährlich Milliarden aus unseren Taschen gezogen worden sind, nachdem die Kartenhäuser in der großen Finanzkrise 2007 und in Österreich mit der Hypo Alpe Adria zusammengebrochen sind – werden nicht die nötigen Gegenmaßnahme zur Zähmung dieses Wahnsinns an den internationalen Finanzmärkten getroffen, sondern man findet andere Schuldige: plötzlich wären es unsere PensionistInnen, unsere Krankenhäuser, unser Urlaub, unsere unflexiblen ArbeitnehmerInnen - also wir selber - gewesen, die daran Schuld wären! Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und dies alles verschuldet!

Man hat mir und unserer Fraktion immer wieder vorgeworfen, wir sollten hier uns nicht mit Bundes- und Europapolitik beschäftigen. Dabei haben spätestens heuer alle erlebt, dass wir keine Insel sind, dass uns heute in kürzester Zeit die Wellen der Weltpolitik wie ein Tsunami treffen können.

Wir werden in den kommenden 6 Jahren viele konkrete Projekte zu besprechen haben, vom Bellakhaus über Friedhof und Hallenbad und was auch immer.

Aber es ist für mich unvorstellbar, verantwortliche Politik zu machen ohne über den Tellerrand zu blicken. Kein/e Bürgermeister/in, kein/e Gemeinderat/rätin kann sich abkoppeln von dem, welche Politik seine/ihre Partei auf Bundesebene macht, noch die Augen verschließen vor dem, was in Berlin, Brüssel, Damaskus, Washington oder in Kiew passiert. Von der Klimaproblematik ganz zu schweigen. Wer das tut, handelt unverantwortlich und bleibt seinen BürgerInnen nicht nur etwas schuldig, sondern macht sich sogar mitschuldig, wenn er/sie die Bevölkerung in eine falsche Richtung führt.

Wir lernen immer mehr am eigenen Leib kennen, was neoliberale Politik bedeutet. Neoliberalismus, das ist nicht nur eine von Dogmen geleitete Wirtschaftsdeologie, sondern ein Gesellschaftskonzept, das antidemokratisch ist und eine Primitivpolitik zum Muster hat. Diese Ideologie belohnt die Reichen, stärkt die Mächtigen, und räumt alles aus dem Weg, was sich dem in den Weg stellt.

Machen wir uns nichts vor: Oberösterreich wird ab heute von einer rückwärtsgewandten Politik beherrscht. Und vielleicht bald auch ganz Österreich.

Rund herum entstehen Regierungen – ich nenne aus Aktualitätsgründen nur die Polen, Ungarn – die von extrem nationalistischen Ideologien geprägt sind. Wie man diesen großen Problemen mit jenen Rezepten begegnen soll, die diese Situation ja heraufbeschworen haben, ist mir ein Rätsel: Schutz für die Milliardäre und Konzerne, keine Vermögensteuern, Sparen bei der Mittelschicht, Schröpfen der KleinunternehmerInnen und Gewerbetreibenden, noch mehr Belastungen für die Menschen durch Kürzung der Sozialleistungen, der Arbeitslosenunterstützung und der Pensionen, Streichung von Lohnerhöhungen, Ersatz des Krankenstandes durch Urlaub, Schwächung der Arbeiterkammern, ...Woher soll aber in Zukunft dann das Geld für unsere Investitionen herkommen? Wer wird einen Fußballplatz finanzieren? Wie viele werden sich den Eintritt in ein wunderbares Konzert unseres Symphonischen Orchesters noch leisten können?

Die Spalter sind am Ruder. Diejenigen, die die Leute einteilen in Inländer und Ausländer, in Fleißige und Versager, in Elite, Mittelmaß und Unbrauchbar, in Gute und Böse. "Heimat" wurde für die Spalter zum neuen Kampfbegriff in Europa, jede Nation verteidigt wieder „ihre“ Heimat – politisch genau so dumm wie 1914, - es ist wieder die Zeit der Zäune- und Mauerbauer gekommen.

Wir gehen also dunklen Zeiten entgegen, und darauf müssen wir uns einstellen. Machen wir uns nichts vor, machen wir die Augen auf.

Es gäbe Alternativen zur derzeitigen Politik, die man in Europa praktiziert. Aber die sind derzeit nicht mehrheitsfähig. Und sie sind nicht mehrheitsfähig, weil viele Menschen nicht bereit sind, auf unterster Ebene dieser Politik die Unterstützung zu entziehen. Und auf unterster Ebene: das beginnt bei uns. Es ist entscheidend, was wir hier auf Gemeindeebene denken, planen, wählen.

Gallneukirchen ist nicht der Nabel der Welt. Und wir stehen vielen Entwicklungen machtlos gegenüber. Aber im Rückblick wird es darauf ankommen, auf welche Seite sich jeder und jede von uns gestellt hat. Es kann niemand in ein paar Jahren sagen: er oder sie habe es nicht gewusst!

Es ist unsere Verantwortung als PolitikerInnen, darauf hinzuweisen, egal, ob es angenehm ist oder nicht.

Was heißt „Gemeinsam“ und „miteinander“ in den kommenden Jahren für Gallneukirchen?

Es gibt in unserer Gemeinde wie überall viele wunderbare Menschen, die sich gegen diese furchtbare Politik des Kapitals zur Wehr setzen und in der sogenannten Zivilgesellschaft für Umverteilung und mehr Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Menschenrechte einsetzen. Ich fühle mich verbunden mit jenen WählerInnen, die sich eine Politik der Offenheit, der Menschlichkeit, der Solidarität und der Demokratie erwarten. Die sich neue Projekte, eine andere Form des Miteinanders vorgestellt haben. Die darauf gehofft haben, dass ein breite, einladende offene Politik gemacht wird in Gallneukirchen und Oberösterreich, mit Weitblick und Horizont. Die muss und werde ich vertreten, ich werde das Ohr weiterhin bei jenen haben, die uns wirklich brauchen, und auf dieser Basis werde ich jede Form der Zusammenarbeit suchen.

Denn in den nächsten Jahren werden auf Grund der herrschenden Politik immer mehr GallneukirchnerInnen in die Lage kommen, dass ihnen am Monatsende das Geld ausgeht, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten werden können, die sich entscheiden müssen, ob das Kind auf Skikurs oder die Familie für ein verlängertes Wochenende auf Urlaub fahren kann.

Was heißt dann „Gemeinsam und Miteinander“ in dieser Situation?

- Dies heißt in erster Linie einmal, in der Öffentlichkeit diesen Skandal aufzuzeigen, dass in einem der reichsten Länder der Welt so etwas passieren kann.
- Es heißt, politische Initiativen zu starten, die gegen diese verantwortungslose Politik aufsteht.

- Und es heißt, ganz konkret, Hilfe zu leisten durch Sozialfonds und private Spenden, wohl wissend, dass sich da nur für die einzelne Person, nicht aber gesellschaftlich etwas ändert.

Dort drüben im Haus Bethanien war das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, dessen 60-Jahr-Jubiläum wir heuer feiern – genialerweise als Schiff dargestellt, dessen Motor die Arbeitsplätze sind. Die damaligen Nationalratsabgeordneten der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ beschlossen miteinander das wahrscheinlich wichtigste Gesetz der 2. Republik in dem Willen, dass in Österreich nie wieder jemand Angst haben muss vor Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Armut im Alter. Und sie wussten auch, dass dieses Schiff nur funktioniert bei Vollbeschäftigung und guten Löhnen. Heute, 60 Jahre nach dessen Beschluss, ist eine neue konservative und neoliberale Politik wieder bereit, diese Weisheiten über Bord zu werfen.

Dagegen müssen wir uns wehren. Man kann nicht von uns verlangen, dass wir 100 Meter weiter die Errungenschaften des ASVG an Sonntagen und bei Eröffnungen feiern, den Besuchern den Sozialstaat erklären, und ihn gleichzeitig abschaffen, indem wir die Lüge weiterverbreiten, dass wir über unseren Verhältnissen gelebt hätten! Denn das Gegenteil hat sich in der EU in den letzten 20 Jahre bewiesen: dort, wo der Sozialstaat abgebaut wurde, ging es auch wirtschaftlich bergab.

Es kann kein Miteinander geben, wo das Soziale abgesägt und die Demokratie in Frage gestellt wird. Denn beide gehören zusammen. Wer die Demokratie retten will muss den Wohlstand retten.

Wenn ich stolz bin ich auf meine Heimat, dann deswegen, weil sie nach 1945 zu einer Demokratie geworden ist, weil unsere Großeltern daraus einen Sozialstaat gebaut haben, der den meisten Menschen dieser Welt als ein wahres Paradies erscheint. Aber dieser Heimatbegriff hat keine Grenzen. Diese müssen wir für alle Menschen schaffen.

Unsere Initiative „Gemeinsam in Gallneukirchen“ zeigt es in hervorragender Weise.

Um zum Abschluss zu kommen:

Wir werden uns miteinander gewaltigen Herausforderung stellen müssen.

Für mich heißt das: wir müssen mit einer großen Offenheit auf diese Probleme zugehen. Wir dürfen nicht alte Rezepte, die uns andere vorkauen, übernehmen. Wir brauchen Mut und Zivilcourage. Wir brauchen den sogenannten Wettbewerb der besten Ideen und Leute; Querdenken und neue Ideen sind erwünscht, und werden nicht als Quertreiberei oder parteipolitische Streiterei bezeichnet. Das neue Bellakhaus zum Beispiel kann ich mir als ein Haus der Bildung und Begegnung, des Austausches, der Kultur der Streitens und Diskutierens vorstellen. Miteinander heißt: Gegensätze aushalten, ausdiskutieren, und dann zu Lösungen kommen, und nicht dem Konflikt aus dem Wege gehen aus falscher Flucht in die Harmonie. Diese löst keine Probleme.

Miteinander, das heißt Bürgerbeteiligung – Einschluss nicht Ausschluss, wo es nur geht.

Dafür stehe ich – dafür steht die SPÖ Gallneukirchen

Für diese Ziele gibt es von meiner Seite jede Menge an Bereitschaft zum Miteinander.

Ich bedanke mich für die große Geduld, und ersuche, meine Rede ins Protokoll zu geben.

Sepp Wall-Strasser
Vizebürgermeister SPÖ

21. 10. 2015